

Die Kompromissbereitschaft war umsonst

Nach Landtagswahl: „Grüne stellen sich neu auf“ u. „Wir hätten uns mehr Ehrlichkeit gewünscht“, FR-Region v. 24. u. 14.11.

Vorwärts in die Vergangenheit

Bündnis 90/Grüne sollten als Partei die Absage der CDU zu Koalitionsverhandlungen als Auszeichnung verstehen! Mit dieser CDU gibt es bestenfalls ein „Weiter so“, eher ein „Zurück in die 1950er/60er Jahre“.

Bei Betrachtung der angekündigten Veränderungen bzw. angeblichen Schnittmengen zwischen CDU und SPD wird deutlich, dass die „Grünen“ sich und der Öffentlichkeit die „erfolgreiche“ Politik der zurückliegenden Jahre schöngeredet haben. Nachhaltige Wirkungen wurden offensichtlich nicht erzielt. So soll es zusätzlich ein neues Ministerium für Landwirtschaft, Forst, Wein und Jagd geben, Themen die bisher in der Zuständigkeit der „Grünen“ lagen. Die CDU war mit der grünen Politik offensichtlich nicht zufrieden. Wenn die Schnittmengen mit der SPD u.a. in den Bereichen Umweltschutz, Landwirtschaft, Verkehr angeblich größer sind, dann ist das eine deutliche Kritik an der Politik der „Grünen“. Wobei ja schon diese nur ein lindgrüne Politik war – allen Beschönigungen zum Trotz!

Heftig wird's bei der Migrationspolitik. Torsten Frei, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion: „Ein gutes Signal für Deutschland, da die Grünen bei bundesweiten Entscheidungen wie der Migrationspolitik in einer völlig falschen Richtung unterwegs sind. Mit den Grünen scheinen die großen Herausforderungen derzeit nicht lösbar.“

Jede Zeit hat ihre Herausforderungen, so der hessische Ministerpräsident. Richtig! Die Lösungen der CDU für die Fluchtbewegungen: Bezahlkarte, „Harmonisierung“ der Satzätze (Absenkung?), bei Einreise aus Polen die dortigen Sätze bezahlen, Null-Leistung, Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsländer (reicht es, auf dieser Liste zu stehen, unabhängig davon, was in diesen Ländern geschieht?). Lösungsvorschläge des Ministerprä-

sidenten im HR-Interview vor einigen Tagen. Er spricht sich auch für „lagebezogene Grenzkontrollen“ aus. Ob er dabei an mögliche Klimaflüchtlinge aus dem Süden Europas (Griechenland, Italien, Spanien, Frankreich) gedacht hat? Herzlich willkommen in der Glückseligkeit des Nationalstaats, vorwärts in die Vergangenheit. Grausamkeiten bleiben Grausamkeiten! Es sind dann eben gezielte, wohlüberlegte Grausamkeiten!

Lösungen aus der CDU für die Ursachen der Fluchtbewegungen (z.B. Klimawandel, politische Verfolgung, Menschenrechtsverletzung ...) – Fehlanzeige! Traurig genug, dass sich die SPD für diese Politik einspannen lässt – was allerdings nach dem Wahlkampf nicht wirklich überraschend ist.

Otto Gebhardt, Frankfurt

Schwarz-Rot sollte nur im Notfall angestrebt werden

Als prinzipieller Gegner von schwarz-roten Koalitionen bin ich skeptisch, ob es gerechtfertigt ist, wenn CDU und SPD in Hessen jetzt ein Regierungsbündnis eingehen. Schwarz-rote Koalitionen, aus welchem Grund auch immer, können nur dann einen Sinn haben, wenn das Land sich in einem gravierenden Notstand befindet. Das kann nicht nur in Hessen, sondern auf Bundesebene gegenwärtig so sein, wenn man die rechtsextreme Bedrohung durch die AfD betrachtet. Insofern könnte aus Hessen ein Signal für die Bundesebene ausgehen.

Tatsache ist jedoch, dass es in Hessen wie auch auf Bundesebene insbesondere in der Migrationspolitik eine schlimme Entwicklung gibt, weil die volksverhetzenden Positionen der AfD sowohl im Kompromiss von Bund und Ländern und wohl jetzt auch auf Landesebene von einem breiten, parteiübergreifenden Bündnis von Sozialdemokratie und Union umgesetzt werden. Das von Boris Rhein als christlich-soziales Bündnis bezeichnete Koalitionsvorhaben zeichnet sich in diesen beiden Punkten dadurch aus, dass Positionen, die vor Jahren noch lu-

penrein AfD waren, wohl jetzt verwirklicht werden könnten.

Als Sozialdemokrat habe ich erhebliche Zweifel, ob ein „christlich-soziales“ Bündnis das Land weiterbringen wird. Ich warne davor, dass die Identität der Sozialdemokratie bis zur Unkenntnis verstümmelt wird und originäre sozialdemokratische Politik nicht mehr erkennbar ist. Die SPD befindet sich in Hessen seit etwa einem Vierteljahrhundert in der Opposition. Vielleicht sollte sie sich jetzt auf ihre originären Positionen besinnen und die Prinzipien Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Minderheitenfreundlichkeit öffentlich darstellen.

Manfred Kirsch, Neuwied

Die Grünen sollten froh sein

Mehr Ehrlichkeit hätte ich mir von den hessischen Grünen gewünscht, damals, als ihr Wahlmotto lautete: „Bouffier muss weg.“ Nach der Wahl haben sie bekanntlich eine Koalition mit der CDU gebildet und selbigen Bouffier zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Rache folgte nicht auf dem Fuß, sondern jetzt erst vom Nachfolger. Nun werden die Grünen dafür gestraft, dass sie Realpolitik, das heißt Klima- und Umweltpolitik und Kompromisse machen wollen. Offenbar meint aber ein Großteil der Wählerinnen und Wähler, davor die Augen verschließen zu können und sich lieber mit affektgeladenen Themen wie Asylpolitik zu beschäftigen. Das wird von der CDU fleißig bedient. In dieser aufgepeitschten Stimmung mit Lagerbildungen und zunehmenden Verrohungen in der Gesellschaft werden Kompromisse nicht gewürdigt. Fake-News haben Hochkonjunktur. Wer die Verbotspartei ist, erkennt man daran, wie die CDU Minderheiten behandelt, die kaum eine Lobby haben. Die Grünen sollten froh sein, mit dieser durch ihren Bundesvorsitzenden zunehmend radikalisierten Partei nicht mehr zu regieren.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/gruene-krise



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20231128

FR ERLEBEN

Bascha Mika ist zu Gast in der Mittagssendung von Deutschlandfunk Kultur.
Mittwoch, 29. November, 12 Uhr
Deutschlandfunk Kultur
Studio 9, Der Tag

Karin Dalka diskutiert bei der „Bildermächtig“-Fachtagung des Journalistinnenbundes auf dem Podium über „Fotografie und Fotoauswahl in der Praxis“ zu der Frage „Warum sich Klischees besser verkaufen lassen und was passieren muss, damit Gleichberechtigung im Bild ein erfolgreiches Geschäftsmodell ist“. Die Tagung ist ausgebucht und wird live gestreamt unter youtube.com/@journalistinnenbund
Donnerstag, 30. November
11.30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert stellt sein neues Buch vor: „Wer nicht hören will, wird bestreikt!“ Mit Gästen; Eintritt frei.
Sonntag, 3. Dezember, 11 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Historiker Peter Brandt über sein neues Buch „Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“. Eintritt frei.
Montag, 4. Dezember 2023, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Aus Angst vor Armut

Parteitag der Linken: „Brecht statt Wagenknecht“, FR-Politik vom 20.11.

Eben lese ich in einem Bericht über den Parteitag der Linken, deren Mitglied ich nicht bin, dass die zehn reichsten Familien in Deutschland so viel besitzen, wie die gesamte untere Hälfte der Bevölkerung: 42 Millionen Menschen.

Jetzt haben wir die Klimakrise und das Verbot des Bundesverfassungsgerichtes, nicht verbrauchte Coronahilfen dem Klimafonds zuzuschlagen. Alle fragen, wo die fehlenden 60 Milliarden Euro jetzt herkommen sollen. Ich sage nur: Wenn die Ärmere in unserer Gesellschaft noch mehr soziale Kürzungen erleben, werden sie weiter gegen Rechts driften und keine Motivation haben, den Klimawandel zu bekämpfen! Wenn es den Menschen insgesamt besser geht, brauchen sie nicht mehr aus Angst vor Armut oder Wohlstandsverlust die entsprechenden Parteien wählen!

Warum nehmen wir das Geld nicht von den absolut Reichsten in unserer Gesellschaft, den Milliardären? Es gibt 226 Milliardäre in Deutschland (Quelle „Wirtschaftswoche“), wenn jeder von Ihnen nur die Hälfte abgeben würde, hätten wir genug Geld für die Bewältigung der Klimakrise, für die soziale Abfederung, für die Förderung von Kindern, Schulen, für die bessere Bezahlung von Kindergärtner:innen, Sozialarbeiter:innen, Kranken- und Altenpflegehelfer:innen, für die Aufstockung von Renten! Gibt es einen Menschen auf der Welt, der Milliarden braucht? Warum machen wir es nicht wie in Österreich, wo der Spitzensteuersatz für Millionäre bei 55 Prozent liegt, in Finnland und Dänemark sogar darüber? Gibt es einen vernünftigen Grund dagegen?
Eleonore Poensgen, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/ktf

Nicht entscheidend

Zu: „Die Gräueltaten waren entsetzlich“, FR-Feuilleton vom 17.11.

Danke für dieses Interview. Judith Butler legt hier eine präzise, klare Analyse der komplexen Problematik dar. Gut, dass Sie der Position dieser bedeutenden Denkerin mit der Veröffentlichung in Ihrer Zeitung den gebührenden Raum geben. Allerdings frage ich mich, warum Sie sich in dem einleitenden Text davon so eindeutig distanzieren („... nicht die Position der Frankfurter Rundschau wiedergibt“). Warum halten Sie das für nötig? Machen Sie das sonst auch? Butler legt ihre Sicht auf den Sachverhalt dar. Es ist doch selbstverständlich, dass der Inhalt Ihrer InterviewpartnerInnen nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion widerspiegelt. Für einen offenen, konstruktiven Diskurs ist das doch auch gar nicht entscheidend.
Martin Pfeiffer, Wachenheim a.d.V.

Die Zeit für konkrete Projekte drängt

Weltklimakonferenz: „Ich möchte Ergebnisse, keine Reden“, FR-Klima vom 24. November

Seit mindestens 50 Jahren ist bekannt, dass wir uns in einem menschengemachten Klimawandel befinden, den es zu stoppen gilt, will die Menschheit überleben. Immer „lauter“ spricht die Natur Klartext: Tierarten sind ausgestorben, Landschaften verödet, tote Zonen in Meeren entstanden. Überschwemmungen, Überflutungen, Erdbeben, Dürren, Hitzewellen und Hurrikans auf der anderen Seite schreien uns nicht nur in Deutschland alljährlich an. Unsere Politiker aber hören „das Gras“, wenn es im wirtschaftlichen Bereich einmal nicht mehr ganz so schnell wächst. Wenn uns dies Wirtschaftsforschungsinstitute prophezeien, dann wer-

den Sofortprogramme aufgelegt und Deutschlandpakete geschmiedet. Aber auch etliche deutsche Ottonormalverbraucher können sich anscheinend über den Versuch, ein Heizungsgesetz einzubringen, mehr aufregen als über ihre SUV, mit denen sie auf den wenigen Strecken ohne Geschwindigkeitsbegrenzung heizen dürfen.

Die Weltklimakonferenz wird leider wieder ergebnislos bleiben. Auch ohne Ergebnisse in den VAE müsste man bei uns sofort etwas tun, was teilweise neben dem Klima- und Menschenschutz auch Geld in die leere Staatskasse spülen würde: Diesel- und Dienstwagenprivileg abschaffen, generelles Tempoli-

mit auf Autobahnen, Abschaffung der Subvention für Strom und Gas, keine Subvention von Industriestrom. Aber auch ohne Heizungsgesetz kann jeder Wohnungs- oder Hausbesitzer, der eine Heizung austauschen muss, auf umweltfreundlichere Heizungen als Öl- oder Gasheizungen umsteigen. Viele können sich ein Balkonkraftwerk anschaffen, eine Solar- oder Photovoltaikanlage installieren, Regenwasser im kleinen oder großen Stil sammeln und nutzen, kurze Strecken mit dem Fahrrad anstatt mit dem Auto zurücklegen etc. Die Zeit drängt, für konkrete Maßnahmen braucht man keinen Weltklimagipfel.
Georg Schäfer, Schwäbisch Gmünd